

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Kegelblatt Riesner.
Gesamt Nr. 20

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und der
Rats der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1238
Glockenstraße Nr. 52.

Nr. 276.

Mittwoch, 28. November 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 24. 11. bis 30. 11. 1923 vierundzwanzig Mark, einsechzig Pfennige. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 88 mm breite, 5 mm hohe Druckerschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamenzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubende und tabellarische Satz 50%, Kufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Schwierigkeiten der Kabinettsbildung.

Dr. Alberts Verzicht.

Reichsminister Dr. Albert hat dem Reichspräsidenten heute in der Mittagsstunde folgendes Schreiben zugelegt: „Ihrem Appell an mein vaterländisches Pflichtgefühl bin ich gefolgt. Ich hoffe, die rechten Männer zur Mitarbeit zu gewinnen. Diese Hoffnung hat sich infolge der parteipolitischen Schwierigkeiten nicht erfüllt. Ich lege daher den Auftrag in Ihre Hände zurück.“

„Berlin. Der „Berl. Volksztg.“ behauptet, General v. Seckl habe Dienstag Vormittag dem Reichsminister a. D. Albert aufgesucht und mit ihm die Lage besprochen. Das Blatt knüpft daran die Vermutung, daß diese Aussprache den Beschluß Dr. Alberts, seinen Auftrag zurückzugeben, zu fördern angetan gewesen wäre. Wie von ausländischer Stelle mitgeteilt wird, entsprechen beide Behauptungen in keiner Weise den Tatsachen.“

Die Verhandlungen zwischen den Fraktionen.

„Berlin. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, sind, nachdem Minister a. D. Albert seinen Antrag der Kabinettsbildung an den Reichspräsidenten zurückgegeben hat, die Verhandlungen unter den Reichstagsparteien über die Bildung einer Regierung auf parlamentarischer Grundlage wieder aufgenommen worden. Die deutschnationale Fraktion ist um 11 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten, die aber mit Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen vorläufig unterbrochen worden ist. Auch die Zentrumsfraktion hat am Mittag gesamt. Der Abgeordnete Marx hat sich an der Sitzung zum Reichspräsidenten begeben. Als Reichstagskandidat hat sich zur Stunde n. a. der Vorkandidat der Bayerischen Volkspartei Reichert genannt.“

Der frühere preussische Ministerpräsident Stegerwald Reichstagskandidat?

„Berlin. Die Verhandlungen zwischen den Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und den Deutschnationalen über die Bildung der bürgerlichen Koalition haben zu einer Einigung über die von der Arbeitsgemeinschaft aufgestellten grundsätzlichen Bedingungen geführt, der alle Fraktionen bis auf die Demokraten zustimmen haben, die erst heute ihre Stellung nehmen werden. Gewisse Schwierigkeiten bereitet nur noch die Frage der Regierungskoalition in Preußen. Das „Berl. Volksztg.“ glaubt sogar im Gegenfall zu den übrigen Zeitungen an die Möglichkeit eines Scheiterns des Bündnisses an dieser Frage. Als präliminärer Reichstagskandidat der bürgerlichen Koalition wird von allen Blättern der frühere preussische Ministerpräsident Stegerwald genannt. Er wurde gestern am späten Abend zum Reichspräsidenten gerufen, der mit ihm die Lage besprach. Eine offizielle Bestätigung ist noch nicht erfolgt; der Antrag an Stegerwald zur Bildung der Regierung soll erst heute Vormittag erteilt werden, nachdem die Stellungnahme der Demokraten bekannt geworden ist.“

Keine Änderungen der Staatshoheit im besetzten Gebiet.

„Berlin. Angehts der Verhandlungen zwischen den Vertretern des besetzten Gebietes und dem französischen Mitglied der interalliierten Rheinlandkommission Erard, über die Reichstagsabgeordneter Erxleben auf dem demokratischen Parteitag in Elberfeld berichtete, ist vielfach die irrige Auffassung entstanden, als wenn man sich deutscherseits mit Änderungen in der Staatshoheit des besetzten Gebietes abgefunden hätte. Zwischen den Vertretern der besetzten Gebiete und den Regierungen des Reiches und der Länder herrscht völlige Einmütigkeit darüber, daß an den Hoheitsverhältnissen im besetzten Gebiet weder bezüglich des Reiches noch bezüglich der Länder irgendwelche Änderungen eintreten können. Die Verhandlungen mit der interalliierten Rheinlandkommission verfolgen nur wirtschaftliche Zwecke; weder die Reichsregierung noch die Bevölkerung denken jemals, durch diese Verhandlungen irgendwelche dauernden Veränderungen in den gegenwärtigen staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Verhältnissen des besetzten Gebietes eintreten zu lassen. Erard hat übrigens die Verhandlungen wohl nur als französisches Mitglied, nicht als Präsident der Kommission geführt, in der bekanntlich auch Engländer und Belgier vertreten sind.“

Frankreich

Anschauung in der Separatistenfrage.

Die Reichsregierung hatte bei der französischen Regierung Vorstellungen dagegen erhoben, daß die Stadterweiterungen im besetzten Gebiet von den Befehlshabern vorgenommen werden, den Separatisten häßliche Mäulichkeiten zu Versammlungswegen zur Verfügung zu stellen. Die französische Regierung hat darauf in einer Note erwidert, in der es heißt, separatistische Organisationen seien durch die Regierung der Oberbürgermeister von Koblenz und Düsseldorf, ihren Versammlungsräume zur Verfügung zu stellen, des Versammlungsrechts beraubt worden. Es seien infolgedessen separatistische Gewaltakte oder die Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel zu befürchten gewesen, wodurch die Sicherheit der Truppen gefährdet gewesen wäre. Daraufhin hätten die Befehlshaber Behörden entschieden, daß die Separatistenversammlungen

Von ausländischer deutscher Seite wird darauf hingewiesen, daß diese Stellungnahme der französischen Regierung einen Vorwurf gegen die rechtmäßigen deutschen Behörden daraus herleite, daß diese es ablehnten, die auf Umsturz der bestehenden Staatsgewalt gerichteten separatistischen Bestrebungen aktiv zu unterstützen.

Am Freitag

Verhandlungen der Reparationskommission.

Paris. Die Reparationskommission hat gestern nachmittag die übliche Dienstausschreibung abgehalten. Sie hat sich nur mit laufenden Angelegenheiten beschäftigt. Der Beginn der großen Beratungen über den Sachverständigenauschuss zur Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit und über die Düsseldorf-Verbindungen ist nunmehr auf Freitag angelegt worden.

Paris. Es bestätigt sich, daß die Reparationskommission entgegen allen Voraussetzungen nicht zusammentrat, da der englische Delegierte John Bradbury vorgestern nachmittag nach London abgereist worden ist, um neue Instruktionen zu erhalten. In Paris legt man diese unter der Hand des englischen Delegierten nach London dahin aus, daß Meinungsverschiedenheiten schwerwiegendster Art zwischen der Ausschreibung Englands und Frankreichs entstanden sind. Diese Meinungsverschiedenheiten betreffen sich auf zwei Hauptpunkte, nämlich die Frage der Einberufung einer Sachverständigenkommission zur Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands und zweitens auf das Abkommen der rheinisch-westfälischen Industriellen mit der alliierten Rheinlandkommission.

Zur Einführung der Rentenmark.

„Berlin. Der Reichswährungskommissar Dr. Schmidt hat u. a. folgende Mitteilungen gemacht: Die Einführung der Rentenmark mußte mit dem 15. November erfolgen, weil mit demselben Augenblick die Kreditinanspruchnahme des Reiches bei der Reichsbank aufzuhören hätte. Um die Rentenmark zu einem gleichmäßigen Umlaufvermögen gegen Papiermark abzugeben, war es erforderlich, den Berliner Dollarkurs in möglichst kurzer Zeit der Wertparität näher zu bringen. Die Rentenmarkvorgabe erfolgt durch Auszahlung von Röhren und Gehältern in diesem Zahlungsmittel, um sie den Dokumenten, den Reifen des Rohstoffhandels und den landlichen Geschäften für den Getreidekauf anzuleihen. Der Druck der Rentenmark soll im Laufe des Monats Dezember ganz beendet sein. In zwei bis drei Wochen wird ein für die Bewältigung des derzeitigen Zahlungsmittelverkehrs ausreichender Betrag in den Verkehr gebracht sein. In gleichem Tempo wird sich der Betrag des Notenumlaufs und der Giroverkehr auf der Reichsbank vermindern. Da zur Zeit der Kreditübernahme noch nicht offenkundig, kann die Rentenmark von der Reichsbank nur gegen Herabgabe von Papiermark oder Giroguthaben erworben werden. Mit dem Eindringen der Rentenmark in den Verkehr ergibt sich eine Papiermarkknappheit, die der bisherigen fortgesetzten Papiermarkwertung mit Sicherheit entgegenwirken muß. Die Rentenbank wird jede neue Papiermarkinfusion zu verhindern suchen. Gewisse Gefahren drohen in dieser Beziehung aber vom Notgeld. Soweit dieses Notgeld mit Deckung durch entsprechende Mark-Guthaben ausgegeben ist, wird die Umwandlung dieser Markguthaben in Reichsbanknoten und der damit erfolgende Umlauf des Notgeldes keine neue Inflation bedeuten. Die Reichsbank kann aber unmöglich die Einführung oder Einführung von ungedecktem Notgeld vornehmen. Die zunehmende Verknappung der Reichsbank kann auf den Devisenmarkt nicht ohne Einfluß bleiben. Hierüber werden die nächsten Tage schon einige Klarheit bringen.“

Dr. Schmidt führte weiter aus: In jedem Falle wird ein gewisses Gefühl der Verunsicherung Platz greifen, darüber, daß die Währungsreform einen festen und klar vorgezeichneten Weg geht. In welchem Maße die Rentenmark in einem gegebenen Zeitpunkt zu einem neuen Zahlungsmittel oder Wertpapier in ein festes Verhältnis zu bringen sein wird, darüber kann erst entschieden werden, wenn die Entwicklung weiter vorgeschritten sein wird. Gegenwärtig liegt keine Veranlassung vor, den Charakter der Reichsbank als gesetzliches Zahlungsmittel zu ändern, während gleichzeitig die Rentenmark in ihrer fast goldwährungsähnlichen Durchführung als innerweltliches Zahlungsmittel bis zur endgültigen Lösung des deutschen Währungsproblems ihre Bedeutung behalten wird. Inzwischen werden die Bemühungen um Errichtung einer Goldkreditbank zur Beschaffung von Goldreserven fortgesetzt.“

Die „Reichsbank“ genehmigt.

„Köln. Wie die „Köln. Volksztg.“ an der Spitze der rheinischen Goldkreditbank erklärt, ist als Einheit die „Reichsbank“ genehmigt worden, die 10 Dollar entsprechen soll. Nach der Bestimmung im abgedruckten Entwurf der Satzungen soll Koblenz Sitz der neuen Bank sein. Diese soll Hauptgeschäftsstellen in Köln und in Dülisburg erhalten und daneben Zweigniederlassungen errichten können.“

Beratungen über eine Steuernotverordnung.

„Berlin. Der finanzpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beriet gestern einen vom Reichsfinanzminister zur Begünstigung überänderten Entwurf einer Steuernotverordnung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung. Der Entwurf lehnt sich in seinen Bestimmungen über die Vermögenssteuer, die Erbschaftsteuer, die Umsatzsteuer und die Kapitalverkehrssteuer im allgemeinen an die Elemente des Entwurfs eines Gesetzes über wertbestän-

dige Steuern und Vereinfachung des Steuerverfahrens an. Aufgehoben wird ferner am 1. Januar 1924 das Gesetz über die Besteuerung der Betriebe vom 11. August 1923. Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärte, man sei bei der Aufstellung des Entwurfs davon ausgegangen, daß im Laufe des Jahres die Währung stabilisiert sei und am 1. Januar eine Goldmarkrechnung durchgeführt werden könne. Erforderlich ist die vollständige Verklärung der Veranlagung, damit noch für Dezember mit dem Einlangen von Einnahmen wesentlich aus der Umsatzsteuer und aus der Rhein- und Pfandgabe gerechnet werden könne. Weiter führte der Redner u. a. aus: Da die Durchführung der bisherige Fortschritt an der Unmöglichkeit geknüpft ist, das Einkommen des Jahres 1923 zuverlässig zu ermitteln, schlägt der Entwurf vor, von einer Veranlagung des Einkommens im Jahre 1923 sowohl für die Einkommen, als auch für die Körperschaftsteuer ganz abzusehen und erst wieder das Einkommen des Jahres 1924 im Jahre 1925 zu veranlagern. Es wird vorgeschlagen, die Einkommensteuerüberschuldung von 1923 mit dem im Jahre 1923 zu leistenden Vorauszahlungen als abgegolten anzusehen, nachdem am 15. Dezember 1923 noch eine Vorauszahlung anstelle derjenigen vom 5. Januar 1924 für 1923 erhoben worden ist, und zwar für je 100 Mark Jahressteuerüberschuldung 25 Goldpfennige. Die dritte Rate der Rhein- und Pfandgabe, die an sich am 5. Januar 1924 hätte zu zahlen, ist bereits am 15. Dezember in Höhe der doppelt an diesem Tage fälligen letzten Einkommensteueranzahlung entrichtet worden. Neben der Abklärung der Steuerüberschuldung für 1923 ist der zweite wichtige Punkt die Bemessung der 1924 auf das Einkommen des Jahres 1924 zu leistenden Vorauszahlungen. Für die verschiedenen im Entwurf in fünf Gruppen eingeteilten Einkommensarten werden dabei verschiedene Vorauszahlungsmaßstäbe vorgeschlagen. Gleichzeitig mit der Errichtung des Vorauszahlungsmaßstabes ist eine kurze Veranlagung über Einnahmen und Ausgaben einzureichen. Einnahmen, Ausgaben und Verbrauch sind in Goldmark zu berechnen. Vorauszahlungsüberschüsse bis zu fünf Mark bei der Vermögenssteuer und bis zu 10 RM. sollen nicht erhoben werden. Zum Schluß kritisierte der Steuerungsreferent noch die beabsichtigte Höchststeuer, die von dem Grundbesitz aushebt, anstelle der ansehnlichen Doppelsteuern der öffentlichen Hand zu legen. Darüber seien jedoch die Beratungen noch im Gange. In die Verhandlungen des Regierungsdirektors schloß sich eine kurze Generaldiskussion an. Der Ausschuss überließ die weitere Beratung des Entwurfs einem Arbeitsausschuß, die Beratung des Art. 18 des Entwurfs über die Veränderung des Vermögenswertbestandes einem besonderen Arbeitsausschuß. Die beiden Ausschüsse sollen noch in dieser Woche ihre Arbeiten erledigen.“

Kommunistische Straßenunruhen in Berlin.

Trotz der Warnung des Berliner Polizeipräsidenten an die Berliner Reichsbewegung der ausgeübten kommunistischen Partei ist es gestern im Laufe des letzten Nachmittags doch zu Straßenunruhen gekommen. Unruhen hatten in verschiedenen Bezirken und unter den Gewerkschaften zu Demonstrationen angeleitet. In Prenzlauer und Lichtenberg fanden Versammlungen der Gewerkschaften statt, die von insgesamt 300 Personen besucht waren. Nach Schluß der Betriebe und Versammlung der Gewerkschaften versammelten sich an verschiedenen Stellen in größeren oder kleineren Trüben die Demonstranten nach dem Lichtberg. Manche der Tage kamen von der Schutzpolizei, die sich im Alarmstand befindet, eine Zwischenfälle aufgelöst werden. Etwas später Demonstrationen gelang es aber, den Unruhen zu erliegen, wo in die Internationale sangen und Hochrufe auf eine deutsche Vaterlandskrieg ausbrachten. Da alle Annehmlichkeiten verboten sind, wurde im Lustgarten die erste Versammlung der Arbeiterliga verboten, und es kam hier zu kleineren Zusammenstößen, wobei von der Schutzpolizei zunächst zwei Schüsse abgegeben wurden. Gegen 6 Uhr erloschen die Demonstrationen, die den großen und kleinen Lustgarten besetzt hatten, frischer Junges. Jedoch gegen 6 1/2 Uhr mehrere tausend Personen dort versammelt waren. Da die Demonstranten die Aufforderung zur Klammung des Platzes mit Redneren auf die Schutzpolizei beantworteten und aus der Menge Schüsse auf die Polizei fielen, gab die Schutzpolizei einige Schüsse ab, durch die anscheinend niemand verletzt wurde. Da die Demonstranten in geschlossenem Zuge abzurückzuziehen versuchten, wurden sie von der Schutzpolizei zerstreut. Etwas 3000 Personen, die sich auf dem Lustgarten versammelt hatten, um von dort zum Lustgarten zu marschieren, wurden von der Polizei zum Lustgarten auseinandergetrieben. Ein Polizeiwachtmeister und mehrere Demonstranten wurden verletzt. Zwei Personen wurden festgenommen. Annehmlichkeiten an anderen Stellen der Stadt wurden mühelos aufgelöst. Gegen 7 Uhr abends war die Demonstration im Lustgarten beendet. Eine Annehmlichkeit von etwa 500 Personen auf der Heberwiese im Osten der Stadt konnte durch Schutzpolizei unter Anwendung von Gummiknüppeln zerstreut werden.

Bestellungen bei der Post

Für Monat Dezember 1923 auf das Riesner Tageblatt zum Preis von 5 Goldmark werden nur bis 1. Dezember 1923 angenommen. Den Postbezugs des Riesner Tageblattes zum angegebenen Preise vermittelt auch die Geschäftsstelle in Riesa, Goethestraße 59.

Der Fall Zeigner vor dem Landtage.

11. Dresden, 27. November.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Sitzung erhebt Präsident Winkler Protest dagegen, daß zweimal ohne Genehmigung des Landtagsvorstandes im Hause geschändet worden sei. Er ersucht die Regierung, die nötigen Schritte einzuleiten, daß dergleichen nicht mehr geschehe.

Denselben Protest erhebt Abg. Böttcher namens der kommunikativen Fraktion. Es liege hier eine offene Verletzung des Art. 88 der Reichsverfassung vor. Er fordere die Freigabe und Rückgabe des beschlagnahmten Materials. Weiter erklärt Redner, seine Fraktion ziehe den Antrag auf Einleitung von Verhandlungen mit dem Vizepräsidenten Sozialistischer Sowjetrepubliken wegen Gewährung eines Kreditbetrags für den Freistaat Sachsen zurück. Der Präsident erklärt, dieser Antrag könne nicht zurückgezogen werden, da bereits ein Bericht der Ausschüsse vorliege. Da Abg. Böttcher bezeichnet dies als ein unerhörtes Vorgehen. Präsident Winkler: Die Regierung verlangt, daß dieser Punkt in vertraulicher Sitzung behandelt werde.

Es findet sodann die Wahl eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der vom Minister Böttcher vorgenommenen Beamtenanstellungen statt.

Darauf begründet Abg. Dr. Kaiser (Dp.) den Antrag seiner Partei auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die

Ausübung der früheren Justizminister Dr. Zeigner und über die Führung der Strafuntersuchung gegen diesen. Er werde, so führt Redner aus, sich so wenig als möglich mit der Person Zeigners beschäftigen, obwohl es reizvoll wäre, den Mann der Meinlichkeit, den großen Kämpfer hinzuweisen, der für „Wahrheit und Recht“ Cuno und Geßler niederschmettern wollte. Wir bezweifeln es, daß Justizminister Neu ernstlich bemüht sei, Klärung in die Angelegenheit zu bringen. Es seien aber bereits Kräfte am Werke, die bestrebt seien, die Sache zu verdunkeln. Auch die „Sächsische Staatszeitung“ bemüht sich, Zeigner weiß zu machen. Es wird gegen die Belastungsgenossen Sturm gelaufen. Die Hauptlast für uns ist die Erörterung darüber, wie sich die Angelegenheit Zeigner politisch auswirkt hat. Der Sozialdemokratie wird es nicht gelingen, Zeigner von sich abzuschütteln. Die Ablegung Zeigners als Ministerpräsident, eines Mannes, der sich hinterher als ein Schädling entpuppt hat, ist die Ursache gewesen, daß die Sozialdemokratische Partei im Reich aus der großen Koalition ausgestiegen ist und daß wir heute diese unheilvollen Zustände im Reich haben. Es ist ein politischer Skandal, der seinesgleichen in der deutschen Rechtsgeschichte sucht. Der Fall Zeigner ist aber nicht eine Einzelercheinung, es handelt sich hier um ein System Zeigner. Von dem Beamten wird keine Vorbildung mehr verlangt, sondern nur die „Eignung“, d. h. die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei. Die Sozialdemokratie hat das System Zeigner immer geduldet. Der Untersuchungsausschuss muß feststellen, welche Beamte bis zu den Ministern hinein sich politisch und moralisch mitverantwortlich für das Gemachte haben, was Zeigner zur Last gelegt wird. „Der Mantel ist gefallen, der Verzug muß nach.“ Minister Liebmann stellt sich vor den Verdacht: „Nehmen Sie sich nur nicht zu viel vor!“ Es wird weiter festzustellen sein, wie Zeigner seine Mitarbeiter gewonnen und aus welchen Kreisen er sie entnommen hat. Sie sind willenslose Werkzeuge Zeigners gewesen. Der Vize, der Mann mit der sehr guten Nase, sitzt noch heute im Justizministerium und hat das Personalreferat; ebenso Herr Wintler. Wir fordern von der Regierung, daß bei der Untersuchung über Zeigner alle Beamte ausgeschaltet werden, die im Justizministerium mit der Bearbeitung der Personalaffären etwas zu tun gehabt haben. Es muß im Gesamtministerium doch auch ausgefallen sein, daß Fälle zur Begnadigung vorgeschlagen wurden, die sich

nicht dazu eigneten.“ Manche Leute sind mehrmals begnadigt worden. Ministerialdirektor Dr. Wulffen hat die Begnadigungspolitik hier im Landtag einmal eingehend gerechtfertigt. Was Zeigners Begnadigungen in das System Wulffen hinein? Dem Herren Dr. Horn und Voigt, die von Zeigner berufen und befördert worden sind, sind außerhalb des üblichen Geschäftsanges von Zeigner Gnadenersuche zur Behandlung überwiesen worden. Weiter ist verurteilt worden, in die richterliche Unabhängigkeit einzugreifen. Das Reinemachen, das wir durch den Untersuchungsausschuss erreichen wollen (Abg. Graube ruft: Sie Deutscher! Ordnungsruf), wird sich auch auf die Befehle von Richterstellen beziehen müssen. Wie steht es mit der Ernennung Zeigners zum Landgerichtsdirektor? Es war keine solche Stelle frei, und ältere Anwärter sind übergangen worden. Auch mit den politischen Staatsanwälten muß aufgeräumt werden.

Justizminister Neu

gibt eine Erklärung ab, in der zunächst die bekannten Daten über das eingeleitete Verfahren gegen Zeigner wiederholt werden. Zeigner sei vorläufig seines Amtes als Landgerichtsdirektor entsetzt worden. Es bestehe kein Verdacht, daß Beamte des Justizministeriums, die mit den Gnadenersuchen zu tun hätten, sich Mitschuldig gemacht hätten, die Entschuldigungen seien von Zeigner persönlich getroffen worden. Am 25. Oktober habe das Wehrfreikommando die Befreiung der sogenannten politischen Staatsanwälte gefordert. Er habe aber von dieser Forderung abgesehen, als nachgewiesen werden konnte, daß politische Strafsachen nicht nach Parteirücksichten behandelt würden. Politische Sonder-

Hilfswerk der Stadt Riesa.

Auf Grund des von der Stadt erlassenen Aufrufs haben Industrie und Großhandel auf die nächsten Wochen das erforderliche Mehl sowie die notwendigen Kohlen zur Verfügung gestellt, damit für die notleidenden Klein- und Sozialrentner sowie die Erwerbslosen je ein Brot gebacken und abgegeben werden kann. Außerdem ist von der Fa. Einhorn & Co. wöchentlich eine größere Menge Zweifelhälber zur Verteilung zur Verfügung gestellt worden. Hoffentlich finden diese anerkanntswerten Beispiele rege Nachahmung in den übrigen Kreisen der Einwohnerschaft der Stadt Riesa und deren Umgebung.

Selbst unseren Vermissten.

degenerierte bei den Staatsanwälten seien jetzt eine Notwendigkeit. Das Justizministerium habe nichts gegen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses einzuwenden. Ihm würden auch alle Akten ausgehändigt werden. Schon jetzt sei erwiesen, daß kein Beamter mit den behaupteten amtlichen Verleumdungen Zeigners zusammenhänge. Reglerungsrat Lohse habe mit den Gnadenersuchen nichts zu tun gehabt, er sei auch nicht Personalreferent. Dr. Wulffen sei von ihm, dem Justizminister, zur Aufklärung rein sachlicher Dinge nach Leipzig entsandt worden. Dr. Dr. Horn und Voigt besaßen Aufträge von Zeigner erhalten hätten, entsagte sich seiner Ämter. Die Ernennung Zeigners zum Landgerichtsdirektor sei mit Rücksicht auf die von ihm vorher eingewonnene Stellung erfolgt. Die Stelle sei übrigens frei gewesen.

Ministerpräsident Felsich nimmt die angegriffenen Beamten in Schutz und sagt, sie seien nicht nur auf Grund ihrer Parteizugehörigkeit berufen und befördert worden, sondern auf Grund ihrer persönlichen Tüchtigkeit. Allerdings sei von ihnen ein eheliches Verhalten gegenüber der

Republik verlangt worden. Von diesen Grundrissen werde sich die Regierung bei ihrer Beamtenpolitik abgesetzt lassen.

Abg. Mühlert (Dp.): Auch seine Partei fordere rücksichtslos Aufklärung des Falles Zeigner durch einen Untersuchungsausschuss. Eine dergleichen Korruption, wie sie hier vorliegt, sei noch nie dagewesen. Redner erwähnt schließlich ein in Belgien umgebenes Verdict, nach dem der Justizminister den Untersuchungsrichter angewiesen habe, von einer Verhaftung Zeigners abzulassen. Viele solche Vorkämpfer wie Zeigner kann die Republik nicht mehr vertrauen. Es war ein Novembertag, an dem ihn sein Bescheid ereilte.

Justizminister Neu: Die Voruntersuchung gegen Zeigner sei wegen sieben Fällen eröffnet worden. Er habe nie den leisesten Wunsch geäußert, daß von einer Verhaftung Zeigners abgesehen werden möchte.

Ministerialdirektor Dr. Wulffen weist die gegen ihn erhobenen Vorwürfe als unwahr zurück.

Abg. Dr. Kähler (Dp.) erklärt, auch seine Partei sei mit der Einleitung eines Untersuchungsausschusses einverstanden. Sie werde zu dem Falle Zeigner aber erst nach dem Abschluß des Verfahrens Stellung nehmen.

Abg. Wulff (Dp.): Auch seine Partei habe nichts gegen einen Untersuchungsausschuss einzuwenden, allerdings aus anderen Gründen als die Antragsteller. Das Meinlichkeitsgefühl sei bei seiner Partei das Entscheidende. Die Rechts habe keinen Grund zu wirklicher Entrüstung, denn auch ein Dismard habe Geschenke angenommen. (Gebälte Applausrufe.)

Abg. Böttcher (Dp.) behauptet, es handle sich bei der Aufklärung des Falles Zeigner nur um eine Mach- und Vorkämpferpolitik. Die Angriffe auf die Beamtenpolitik seien nichts als eine Konterfei um die Futtertröpfe.

Die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses wird einstimmig beschlossen.

Die Vorlagen über die Auseinandersetzung zwischen dem Freistaat Sachsen und dem vormaligen Königslande werden an den Rechtsausschuss zurückverwiesen.

Zur Beratung steht ferner der Gesetzentwurf über die Einrichtung einer freiwilligen Invalidenversicherung bei der Gebäudeabteilung der Landes-Brandversicherungsanstalt. Berichterstatter Abg. Dr. Weigel (Dp.) beantragt Annahme des Entwurfs mit den vom Rechtsausschuss vorgeschlagenen Abänderungen. Abg. Wintler (Dp.) tritt für freien Wettbewerb der privaten Gesellschaften bei der Zulieferung ein. Die Beitragsberechnung nach Goldmark sei unrealistisch. Ministerialdirektor Dr. Schütz: Der Vorschlag der Verwaltung, nach Goldmark zu berechnen, habe die Zustimmung des Ministeriums erhalten. Es handle sich um eine Übergangsmassnahme. Abg. Dr. Gardt (Dp.) verteidigt die Beschlüsse des Ausschusses, die schließlich Annahme finden. Ferner wird angenommen der Gesetzentwurf zur Ausführung des Reichsgesetzes, betreffend die Schlichtsach- und Streitbeschau.

Gemeinsam verhandelt wird über mehrere Anträge und Anträge der Kommunisten über den Belagerungsstand, das Verhalten der Reichswehr und die erfassten Verhaftungen. Den Bericht erstattet Abg. Menner (Komm.). Er beantragt teils Ablehnung teils Annahme der Anträge, erklärt sich aber persönlich gegen die Ablehnungsanträge. Die Mitteilungen des Redners über die Reichswehr bewegen sich in dem bekannten Rahmen.

Abg. Ziewert (Komm.) begründet die Anträge und hand in der Beurteilung seinem politischen Freunde zur Seite. Redner beantragt Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die Maßnahmen der Reichswehr und Herausgabe einer Denkschrift darüber.

Minister des Innern Liebmann bemerkt, daß das, was der Regierung bisher über die Tätigkeit der Reichswehr berichtet worden ist, eine ununterbrochene Kette von Verwaltungen gegen die freibewohnte Bevölkerung darstelle. Der Regierung sei es unter dem Ausnahmestande nicht möglich, die Vorkommnisse richtig zu beschreiben. Der Minister trägt einzelne Fälle von Mißhandlungen vor, die amtlich nachgeprüft seien. Den von der Reichswehr Verhafteten müsse volle materielle Entschädigung gewährt



Vertreter: Ehrhardt Klemm, Riesa, Elbstr. 6.

Angela's Heirat.

Roman von L. G. Moberth.

34. Fortsetzung. Nachdruck verboten. Ein Wunsch, der es nicht wagen darf, sich hier wieder sehen zu lassen. Kaltblütig überläßt er seine junge Frau ihrem Schicksal, allein und verlassen muß sie der Welt Trost bieten. Sie sind ihm keine Treue schuldig! Halt! rief er, als Angela sich zu einer Antwort anschickte, und seine Stimme wurde plötzlich wieder weich, „halt, Angela! Ich möchte lieber sterben, als dich beleidigen oder auch nur ein Wort sagen, das dir Schmerz bereiten könnte, aber, Liebste, bedenke, es ist ganz ausgeschlossen, daß Erich je zurückkehrt, und ich möchte das Recht haben, dich zu beschützen und zu behüten.“

Die weiche, stehende Bärtlichkeit in seinen letzten Worten erschütterte die junge Frau. Ihr Zorn schwand und Tränen traten ihr in die Augen. Mit bebenden Lippen stammelte sie: „Ich will ja glauben, daß Sie nur Mitleid mit mir haben und mir helfen wollen, aber — sagen Sie nie — nie wieder solche Worte! Ich weiß, daß Erich, mein Gatte, eines Tages zu mir zurückkehren wird, und selbst wenn er nicht käme —“

„Nun, wenn er nicht käme, was dann?“ unterbrach er sie hastig, „was dann?“ Er war ganz nahe an sie herangekommen, und sein heißer Atem streifte ihre Wangen.

„Selbst dann würde ich nie — niemals aufhören ihn zu lieben.“ stützte sie, und ein rosiges Schein überzog ihr vorher so todtblaues Gesicht. Und dann schweig sie traumverloren, und auch der Mann sprach kein Wort. Nichts unterbrach die tiefe Stille als die zarten, köstlichen Töne der Droffel, die in den Haselbüschen sang.

Endlich sprach Rolf. Langsam und schleppend kamen die Worte: „Ich wußte nicht, daß — Sie Erich — liebten. Ich dachte, Sie hätten ihn kaum gekannt, als die Heirat stattfand. Ich dachte, es sei eine —“

„Eine Vernunftheirat gewesen.“ warf sie ein und lachte ein unfrohes Lachen. „Ja, damit haben Sie ganz recht, es war eine. Wir kannten uns überhaupt nicht, hatten uns nur zweimal gesehen. Und dennoch ist es wahr, was ich Ihnen vorhin sagte, ich werde nie aufhören, ihn zu lieben. Er weiß es nicht, er wird es auch vielleicht nie erfahren, aber dennoch ist es wahr.“

Mit einem stolzen, verkürzten Lächeln blickte sie zu Rolf auf, und in diesem Blick las er, daß es keine Hoffnung für ihn gab. In ohnmächtiger Wut ballte er die Hände und verfluchte die Stunde, die dies holde, anbetungswürdige Weib einem Manne geschenkt hatte, der sie weder liebte

nach zu schätzen wußte, während er, der sie liebte bis zur Leidenschaft, von ihr in keinem anderen Licht angesehen wurde als „der Freund ihres Mannes“.

Die Sonne fiel auf ihr Haar, das es ihren feinen Kopf wie ein goldener Heiligenschein umrahmte. Noch nie war sie ihm so schön, so begehrenswert erschienen, und ein wildes Verlangen überkam ihn, sie in seine Arme zu ziehen und an sich zu drücken, aber die Stimme der Vernunft legte über die Einflüsterungen seiner wahnwitzigen Leidenschaft, und er sagte ganz ruhig:

„Vergeben Sie mir meine Tollheit, teure Frau. Versuchen Sie, meinen Wahnsinn zu vergessen, wenn Sie können. Lassen Sie mich Ihren Freund bleiben. Lassen Sie mich Ihnen weiter heißen und besitzen!“

„Ich brauche einen Freund“, verlegte sie einfach. „Ich habe keinen andern, und ich fühle mich zuweilen sehr, sehr einsam. Und ich will versuchen zu vergessen, was heute gewesen ist, wenn Sie mir versprechen, nie wieder dergleichen zu sagen.“ Und sie sah ihn mit einem lieblichen, offenen Lächeln an, das ihn so entzückte, daß es um ein Haar alle seine vernünftigen Vorsätze über den Hausen geworfen hätte.

„Also auf treue Freundschaft“, sagte er und erfaßte ihre Hand. „Aber geben Sie sich keinen falschen Hoffnungen hin, bedenken Sie, daß es des Geheimrats sowie meine Lieberzeugung ist, daß Erich niemals wiederkommen wird.“ Er sprach ernst und ruhig, alle Leidenschaft war aus seiner Stimme verschwunden, und seine Worte waren die eines wohlmeinenden Freundes. Seine Ruhe machte offenbar einen sehr guten Eindruck auf Angela, und als er dies bemerkte, beschloß er, den günstigen Augenblick voll und ganz auszunutzen.

„Versprechen Sie mir eins, Angela. Wollen Sie, meine liebe Freundin?“

„Was soll ich Ihnen versprechen?“ fragte sie. Ihre vertrauende Natur war schon wieder beruhigt, und der warme Blick seiner Augen und der Ernst, der in seinen Worten lag, gaben ihr ein Gefühl der Sicherheit und des Geborgenseins. Ihr armes, einsames Herz sehnte sich ja so sehr nach Teilnahme. „Was soll ich Ihnen versprechen, lieber Freund?“

„Versprechen Sie mir, daß, wenn nach Ablauf einer bestimmten Zeit, die Sie festsetzen mögen, Erich noch nicht zurückgekehrt ist, wenn es zweifellos feststeht, daß er nie zurückkehren wird, daß ich Ihnen dann sagen darf, was mein Herz für Sie fühlt. Versprechen Sie mir dies, und es wird mir ein Zeichen sein, daß Sie mir ganz vergeben haben.“

„Ich habe Ihnen ganz vergeben, es bedarf keines Zeichens, daß ich es getan. Aber wenn es Sie glücklich machen kann, wenn Sie daraus bestehen, dann — dann will ich Ihnen das gewünschte Versprechen geben. Wenn Erich nicht zurückkommen sollte —“ Tränen traten ihr in die Augen, und ihre Stimme bebte, „wenn Sie mir die Gewißheit geben, daß ich ihn nie wiedersehen werde, dann dürfen Sie mir sagen, was Ihr Herz bewegt. Aber, das ist auch alles, was ich Ihnen versprechen kann.“ fügte sie hinzu, als sie einen Hoffnungsstrahl in seinen Augen aufleuchten sah. Welche Antwort auf ihn geben werde, darüber kann ich heute noch nichts sagen. Ich glaube nicht, daß ich Erich jemals vergessen werde.“

„Mehr verlange ich nicht, teure Frau“, entgegnete er. „Ich danke Ihnen. Und ich werde hoffen. Vielleicht kommt einst die Zeit, wo Sie meiner bedürfen, wo Sie mich rufen werden. Später einmal — vielleicht —“

Angela zuckte zusammen. Sie fühlte sich bis ins Herz getroffen, denn Sterns letzte Worte riefen ihr den Augenblick zurück, wo dieselben Worte, von einer anderen Stimme gesprochen, ihr ins Ohr klangen. Sie sah den menschen-erfüllten Bahnsteig vor sich, sie sah das ernste, energische Profil eines Mannes, sie sah ein paar braune Augen auf sich gerichtet, und sie hörte deutlich die letzten Worte jenes Mannes, die er Abschied nehmend gesprochen, als der Zug sich schon in Bewegung setzte:

„Später einmal — vielleicht —“

Rolf sah die plötzliche Veränderung in ihren Gesichtszügen, ohne sich den Grund erklären zu können, und sein Lächeln gebot ihm, die Unterhaltung auf ein anderes Gebiet zu lenken. So sagte er rasch und leichtsin:

„Darf ich mir ein paar von diesen Narzissen pfücken und sie mit nach Berlin nehmen? Es wird mir vorkommen, als brächte ich den Frühling selbst mit.“

Der leichte, heitere Ton, in dem er sprach, hatte genau die beabsichtigte Wirkung. Es beruhigte Angela's erregte Nerven und stellte den alten freundschaftlichen Verkehr zwischen ihnen wieder her.

Und Rolf spielte auch nicht wieder auf den Vorgang im Haselgebüsch an, bis er sich gegen Abend verabschiedete. Angela war mit ihm durch den Park bis zum Tor geschlendert, und als sie dort Abschied nehmend standen, ergriff er für einen kurzen Augenblick ihre Hand, sah ihr tief in die Augen und sagte: „Lebt mir wie nur Freunde, aber denken Sie daran, wenn Sie in einem Jahr noch allein sind, dann komme ich und stelle meine Frage.“

die Verteilungslänge. Die Feuerwehre wurde gerufen, demühte sich aber vergebens, denn der Tod war bei allen vier Personen bereits eingetreten. Es ist möglich, daß es sich um einen noch aufzuklärenden Unglücksfall handelt, da Nahrungsvorräte wohl nicht vorhanden waren.

Die neuen Postgebühren.

Ab 1. Dezember Rentenmarktarif.

Die Gebühren im Post- und Postfachverkehr werden zum 1. Dezember auf wertbeständige Grundlage in Rentenmark festgesetzt, gleichseitig gelangen, wie schon kurz bemerkt, wertbeständige Freimarken zur Ausgabe, bei denen die aufgedruckte Zahl den Wert in Rentenpfennig darstellt. Bei der zunächst noch ungelassenen Verzählung der Gebühren und der Freimarken mit Papiermark werden die Rentenmark-(Grund-)beträge mit einem Umrechnungsfaktor vervielfacht, der sich hierbei ergebende Betrag wird nötigenfalls auf volle Milliarden Mark abgerundet. Die für die Vereinfachung anzuwendende Schlüsselzahl ist vorerst der Goldumrechnungsfaktor 20 (die Steuermark), und zwar gilt der jeweils Montag bis Freitag bekanntgegebene Umrechnungsfaktor immer für den ganzen folgenden Tag, der Umrechnungsfaktor vom Sonnabend immer für die nächsten beiden Tage (Sonntag und Montag). Die jeweils geltende Umrechnungszahl wird an den Posthälfen durch Aushang bekanntgegeben. Die Umstellung auf wertbeständige Grundgebühren gilt auch für die Briefsendungen nach dem Ausland. — Die wesentlichen Gebühren, die vom 1. Dezember an innerhalb Deutschlands gelten, sind in Rentenpfennigen ausgedrückt, folgende: Für Postkarten im Ortsverkehr 3 Rentenpfennige, im Fernverkehr 5 Rentenpfennige, für Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gr. 5 Rentenpfennige, über 20 bis 500 Gr. 10 Rentenpfennige, für Briefe im Fernverkehr bis 20 Gr. 10 Pf., über 20—500 Gramm 20 Pf., für Druckfachen bis 50 Gramm 3 Pf., feinsten bis zu 30 Pf., bei einem Gewicht von über 1 Kilogr. bis 2 Kilogr., Pakete kosten bis 3 Kilogr. in der ersten Zone 30 Pfennige, in der zweiten und dritten Zone 60 Pf., feinsten je nach Gewicht bis 1,00 Rentenmark in der ersten Zone, 3,00 Rentenmark in der zweiten Zone und 4,50 Rentenmark in der dritten Zone für ein Paket im Gewicht von 19—20 Kilogramm. Postanweisungen kosten bis 25 Millionen 20 Pf., Zahlkarten bis 25 Millionen 10 Pf.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 28. November 1923.

Wertbeständiges Notgeld auch in Preußen.

Berlin. Wie der amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, gibt jetzt auch der preussische Staat zur Deckung der dringendsten staatlichen Ausgaben ein wertbeständiges Notgeld aus, das durch Deponierung von Goldanleihe voll gedeckt ist. Außerdem wird der preussische Staat in der nächsten Zeit mit der Ausgabe kurzfristiger Goldschonweisungen beginnen.

Wieder 125 Tausend Billionen geraubt.

Berlin. Salbamtlich wird mitgeteilt: Am 23. ds. Mts. wurden von den Franzosen auf der Reichsbankstelle Düsseldorf 65 Tausend Billionen Reichsbanknoten weggenommen, und am 24. dieses Monats hat die belgische Besatzungsbehörde auf der Reichsbankstelle Wachen 60 Tausend Billionen Mark beschlagnahmt.

Anschlag gegen eine Wache der Schutzpolizei in Stuttgart?

Stuttgart. Nach einer amtlichen Mitteilung erfolgte am Sonntagabend vor dem Gebäude der kommunistischen „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ eine heftige Explosion, die auf die Verwendung eines äußerst stark geladenen Sprengkörpers schließen läßt. Da die Explosion unmittelbar vor dem Baum im Erdgeschoss erfolgte, in dem aus Anlaß der polizeilichen Beschleunigung des Gebäudes eine Wache der Schutzpolizei stationiert war, scheint der Anschlag gegen letztere gerichtet gewesen zu sein. Verletzt wurde niemand, jedoch ist der Sachschaden im Gebäude und in der Nachbarschaft erheblich.

Die Sonderbündler heimgeschickt.

Wien. Nach einer Meldung der „Allgemeinen Zeitung“ aus Wien veranstalteten die Sonderbündler gestern Abend dort eine von der Besatzungsbehörde genehmigte Versammlung, wozu separatistische Teilnehmer mit Regierungen von auswärtigen Ländern. Da man einen Gegenstoß der Bevölkerung befürchtete, mußte die sich auf der Straße anfallende Menge mit erhobenen Händen die Wachen durchschreiten, die die Zugänge zum Versammlungs-

total abwehrte. Ein Sonderbündler hat von der Treppe aus die Bevölkerung, an der Versammlung teilzunehmen. Ein Dohngelächter war die Antwort. Der Saal füllte sich erst, als die politischen Parteien von rechts und links in dichten Reihen hineingingen, um Opposition zu machen. Ein Sonderbündler führte aus, daß die Köhler des Ruhrgebietes als Währung für die rheinische Republik gelten sollen. Ein Bergmann sagte, die Bergarbeiter wollten mit den Sonderbündlern nichts zu tun haben. Ebenso polemisierte ein Kommunist gegen die Sonderbündler. Auch die übrigen Parteien und Gewerkschaften sprachen sich einmütig gegen die rheinische Republik aus. Da die Stimmung der vor dem Saal wartenden Menge immer erregter wurde, räumte die Polizei die Straße. Als die Sonderbündler den Saal verließen, tönten ihnen laute Pfuierrufe entgegen. So endete der Tag mit einem völligen Mißerfolg der Sonderbündler.

Errichtung einer Wertpapierbörse in Dortmund.

(Dortmund. In einer zahlreich besuchten Versammlung von Handels-, Industrie- und Bankvertretern wurde die Errichtung einer Wertpapierbörse beschlossen. Als erster Vorschlag ist der 5. Dezember in Aussicht genommen. Vorläufig soll wöchentlich ein Börsentag, Mittwoch, abgehalten werden.

Widerung der Befehlsmassnahmen?

Paris. Aus Brüssel wird berichtet, daß Frankreich und Belgien beschließen haben, das militärische Regime im Ruhrgebiet zu mildern. General Degoutte hat dementsprechende Anweisungen erhalten.

Turnen, Sport und Spiel.

Leipziger Sonderklasse in Meisa. Der Leipziger Sportverein wartet am kommenden Sonntag wieder einmal mit einem Spiel von besonderer Bedeutung auf. Es ist ihm gelungen, die besten bekannte „Victoria“ OS Leipzig zu einem Matchspiel nach hier zu verpflichten. Die Gäste demonstrieren hochklassigen Fußball und rangieren bei den diesjährigen Punktspielen in der Spitzenreihe der Leipziger 1. Klasse. Es wird sich in diesem Spiele zeigen, ob die Einheimischen für mitteldeutsche Sonderklasse noch der gefürchtete Gegner von ebendem ist. — Der Leipziger Sportverein bittet um Aufnahme folgender Nichtmitglieder: Das von W. gemeldete Resultat HSV. 2. Jugend gegen W. 2. Jugend 0:5 ist falsch. Die HSV. 2. Jugend siegte mit obigem Resultat.

Volkswirtschaftliches.

Sächsischer Lebenshaltungskoeffizient. (Mitteilung des Sächsl. Statistischen Landesamts.) Nach den Preisfeststellungen vom 26. November 1923 sind vom Statistischen Landesamt folgende Indizes der Lebenshaltungskosten (1913/14 = 1) berechnet worden. Gesamtindex (für Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung) 1615 Milliarden. Gesamtindex ohne Bekleidung 1625 Milliarden. Am 19. November 1923 betrug der Gesamtindex mit Bekleidungskosten 883 Milliarden und ohne Bekleidungskosten 884 Milliarden. Vom 19. bis 26. November sind mithin die Preise der bei der Verzehrungsmittel berücksichtigten Güter um 81,9 bezw. 83,8 v. H. gestiegen. Die bisher vom Sächsischen Arbeitsministerium veröffentlichte „Punktzahl“ (Steigerungszahl gegenüber Januar 1922 = 1) beträgt für den 26. November 1923 86 Milliarden.

Dezembervorauszahlungen auf die Umsatzsteuer. Die Nachrichtenstelle des Reichsfinanzministeriums schreibt dem „V.“: Der Währungsverfall der letzten Monate hat zur Folge gehabt, daß auf dem Gebiete der Umsatzsteuer die Vorauszahlungen weniger als ein Zehntel der erwarteten Beträge einbrachten. Eine im Vorbereitung befindliche Maßnahme steht daher eine gegenüber der bisherigen verstärkte Auswertung für die im Monat Dezember fälligen Vorauszahlungen vor. Es steht heute noch nicht fest, ob eine derartige Verordnung rechtzeitig vor dem 1. Dezember 1923 veröffentlicht werden kann. In jedem Falle bedarf aber das Reich derjenigen Beträge aus der Umsatzsteuer, die sie nach dem Willen des Gesetzgebers erbringen soll. Die Steuerpflichtigen müssen sich daher auf eine weitere Aufwertung der im Dezember fälligen Umsatzsteuervorauszahlungen schon jetzt einrichten, mag auch die Verordnung erst nach dem 1. Dezember veröffentlicht werden. Es werden also zunächst diejenigen Vorauszahlungen abzuführen sein, die nach dem bisherigen Rechtszustand Anfang Dezember zu entrichten sind. Nebenbei wird mit einer Nachzahlung zu rechnen sein. Für diese ist folgende Regelung in Aussicht genommen: Zu unterscheiden ist, ob der Steuerpflichtige Bücher auf wertbeständiger Grundlage oder nicht auf wertbestän-

diger Grundlage im Monat November geführt hat. Auf wertbeständiger Grundlage führt in erster Linie die Goldmark; daneben können auch Bücher in Betracht kommen, die in ausländischen Zahlungsmitteln geführt sind. Bei Führung der Bücher auf wertbeständiger Grundlage hat der Steuerpflichtige die Entgelte in Goldmark oder in ausländischen Zahlungsmitteln anzugeben und in Goldmark umzurechnen. Daraus ergibt sich eine in Goldmark gestellte Vorauszahlung. Sind die Bücher im Monat November nicht auf wertbeständiger Grundlage geführt — wie es zweifellos die Regel bildet — so sind die Umsätze in Papiermark anzugeben und danach die Steuer ebenfalls in Papiermark zu berechnen. Der Papiermarkbetrag der Steuer ist nach einem Umrechnungsfaktor umzurechnen, der aus dem Mittel der Durchschnitts des Dollarkurses, des Großhandelsindex und des Lebenshaltungskoeffizienten im Monat November gebildet wird. Dieser Umrechnungsfaktor wird bekanntgegeben werden. Die danach in Goldmark ausgedrückte Steuer wird bei Zahlung in Goldmark oder in Goldmark entsprechend ihrem Goldmarkbetrag zu entrichten sein. Will der Steuerpflichtige in Papiermark zahlen, so ergibt sich der Betrag nach dem am Zahlungstage geltenden Goldumrechnungsfaktor für Reichssteuer.

Rentenmark und Goldmark. Bei Zahlungen von Rentenmark an die öffentlichen Kassen wird, soweit es sich um Goldzahlungen handelt, die Rentenmark gleich einer Goldmark, bei allen übrigen Zahlungen nach dem bekanntgemachten Steuermarkkurs anzurechnen.

Eröffnung der Münchener Buchwoche. In Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste, darunter auch Ministerpräsident Dr. v. Aulinger und Landeskommandant General v. Lossow, wurde Sonntag in München die Eröffnung der Münchener Buchwoche vorgenommen, die unter Beteiligung von circa 50 Verlegern einen ausgezeichneten Ueberblick über den auch heute noch außerordentlich hochstehenden deutschen Buchhandel und das deutsche Buchdruckerhandwerk gibt.

Marktlage.

Am 27. November. Getreide und Mehlwaren pro 1000 kg, sonst pro 100 kg. In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark. Weizen märkischer 189—194. Fester. Roggen, märkischer 174 bis 178. Fester. Gerste, Sommergerste 185—194. Fester. Hafer, märkischer 162—166. Fester. Weizenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack 33—35,70 (feinste Marken über Notiz). Fester. Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack 30,50—32. Fester. Weizenkleie frei Berlin 7,60—7,80. Ruhig. Roggenkleie frei Berlin 7,60—7,80. Ruhig. Hafer 320—330. Schmalz, Viktoria-Größen 43—52, kleine Viktoria-Größen 33—36. Pflanzöl 17—19. Terradella 20—23. Kapstuden 18—18,50. Trockenfischöl 8. Torfmehl 80,70 7,50—8. Kartoffelkosten 16—16,50.

Heutiger Dollarkurs (amtl.): 421050000000

Fernsprechmeldung, ohne Gewähr.

Wirtschaftszahlen für den 28. November 1923.

Table with 2 columns: Category and Value. Categories include Goldmark (Berliner Briefkurs), Goldpfennig, Goldankaufpreis, Silberankaufpreis, Goldumrechnungsfaktor, Reichsrichtzahl, Sächsische Gesamtzahl, Großhandelszahl, Gegenwert des Goldfranken, Fernsprechgebühr, Posttarif, etc.

Am tliches. II. Nachtrag zur Jagdpachtverordnung für den Bezirksverband Großenhain vom 6. Oktober 1921. § 3 erhält folgende Fassung: Die Steuer beträgt jährlich 10 Goldpfennige für den Acker Jagdgelände. Außerhalb des Bezirks wohnende Pächter haben den doppelten Satz zu zahlen. Ermäßigung der Steuer kann durch die Amtshauptmannschaft nach entsprechender Begründung dem Pächter gewährt werden. Der Berechnung der Steuer ist die Notierung an der Dresdner Börse am Fälligkeitstage zu Grunde zu legen. Großenhain, am 16. Oktober 1923. Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft. Rüb. n.

Für Wiederverkäufer offerieren wir: Damenhemden, Unterhosen, Schürzen, Hemdentuch, Hemdenbarchent, Velour, Bettzeuge, sowie sämtliche Baumwollwaren. Sichern Sie sich noch die alten Grundpreise! Lagerbestand stets lobnend, Muster werden nicht versandt. Baumwollwaren-Großhandlung. Bernstein & Co. Dresden-A., Frauenstr. 12, Tel. 19160.

Die Göttin der Noten Laterne. Für 10 Wochen alten Knaben wird gute Pflanzmutter gesucht. Angebote unter E K 710 an das Ztbl. Meisa.

Die Göttin der Noten Laterne. Prinz-Lichtspiele. BREMEN AMERIKA OSTASIEN AUSTRALIEN. Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anwartschaft vorzügliche Unterbringung u. Verpflegung für Reisende aller Klassen. Reisegepäck-Versicherung. Nähere Auskunft durch NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN und seine Vertretungen in Meisa: Wilhelm Frenzel Nachf. Niederlagstrasse 6.

Einen jüngeren tüchtigen, zuverlässigen, ehrlichen Müller stellt ein G. O. Hofmann, Meisa.

Hotel Stern. Freitag, 30. Nov. 1923, abends 8.30. Nur 1 Tag. Du Mädels vom Rhein. grosse Filmoperette in 5 Akten von Hans Felsing. Vorverkauf Zigarrengesch. Wittig.

Inermartet verschied Dienstag, den 20. Nov. 1923 an den Folgen eines Schlaganfalls auf einer Dienstreise nach einem arbeits- und segensreichen Leben unser Gemeindevorstand Herr August Bennewitz. Erfolgreich verwaltete und leitete er 35 Jahre mit großer Umsicht unsere Gemeinde. Wir verlieren in ihm einen außerordentlich tüchtigen und pflichttreuen deutschen Mann, der sich größter Beliebtheit erfreute und dessen plötzliches Hinscheiden aufrichtig betrauert wird. Die Gemeindebeamten und Angestellten gedenken ihres verehrten Chefs und Mitarbeiters in Trauer und Dankbarkeit. Sein Andenken wird stets in hohen Ehren gehalten werden. Meisa, den 26. November 1923. Der Gemeindevorstand. Der Schulbezirksvorstand. Die Beamten und Angestellten der Gemeinde.

Die Göttin der Noten Laterne. Prinz-Lichtspiele. Das heutige Nr. umschließt 4 Seiten.

Die Göttin der Noten Laterne. Weinseh-Lichtspiele. Angebot u. Nachfrage für den Weihnachtsbedarf vermittelt auf schnellstem Wege und mit Erfolg eine kleine Anzeige im Meiser Tagblatt. Jg. Dame sucht ab 1. Dez. Zimmer möglichst m. Verpflegung. Angebote u. Preisangebote erbeten unter E Q 716 an das Tagblatt Meisa.

Wertbeständig. Junges kinderloses Ehepaar sucht ein schön möbliertes Zimmer für die Dauer von 1 bis 2 Monaten gegen Bezahlung in wertbeständigem Gelde. Gef. Angebote werden an das Tagblatt Meisa erbeten unter E Q 714.

Zuckerrüben. kauft und erbittet Angebote. Preis und Bezahlung nach Vereinbarung. Hermann Grimmer & Sohn, Stauchitz, Tel. 3 u. 38. Die Göttin der Noten Laterne. Prinz-Lichtspiele. Das heutige Nr. umschließt 4 Seiten.